

24.07.2024

Kleine Anfrage 4225

des Abgeordneten Ralf Witzel FDP

Ruhestandseintritt bei Beamten und Angestellten im öffentlichen Dienst des Landes – Wie stellen sich nach Erkenntnissen der Landesregierung insbesondere die Situation und Ursachen der hohen Frühpensionierungszahlen dar?

Im Zuge der demographischen Entwicklung sowie einer erfreulicherweise immer höheren Lebenserwartung der Menschen wachsen ebenso die Ausgaben für Beamte im Ruhestand besonders schnell. Ältere Menschen sind heute überwiegend fit, gut ausgebildet und aktiv – und das in einem erfreulichen Maße wie noch nie zuvor in der Geschichte. Mittlerweile kann die Lebensphase „Alter“ daher oft mehrere Jahrzehnte umfassen, in denen die öffentliche Hand allerdings für Pensionszahlungen aufzukommen hat.

Besonders schmerzlich für den Staat sind Bedienstete, die aufgrund von Dienstunfähigkeit den Weg der Frühpensionierung gehen müssen. Dies gilt nun einerseits für die finanziellen Folgen, aber ebenso für den Verlust von Fachkräften, die häufig mit ihrer Berufserfahrung nicht so schnell zu ersetzen sind. In jeder Hinsicht ist es daher geboten, durch präventive Handlungen Frühpensionierungen möglichst zu vermeiden. Nach vergleichsweise wenigen Jahren im Dienst müssen seitens des Staates häufig jahrzehntelange Pensionszahlungen geleistet werden. Dienstunfähig ist ein Beamter dann, wenn er voraussichtlich auf Dauer seine Dienstpflichten nicht mehr erfüllen kann. Den der Dienstunfähigkeit zugrundeliegenden Ursachen sollte daher im allseitigen Interesse konsequent entgegengewirkt werden. Dazu gehört selbstverständlich auch der physische und psychische Arbeitsdruck in einigen Bereichen, wenn beispielsweise die Auseinandersetzungen von Lehrkräften oder Polizei mit bestimmten gesellschaftlichen Gruppen konfliktbeladener werden.

„Ein Beamter in Frühpension kostet den Staat rechnerisch etwa doppelt so viel wie ein normaler Staatsdiener“, berichtet FOCUS Online in dem Artikel „Dienstunfähigkeit: Immer mehr Beamte gehen mit Mitte 50 in Ruhestand“ bereits am 12. August 2020 und gibt damit zugleich eine Erkenntnis der bekannten Finanzwissenschaftlerin Professorin Gisela Färber von der Deutschen Universität für Verwaltungswissenschaften in Speyer wieder. Ausweislich des Artikels im Businessinsider „Offene Stellen im öffentlichen Dienst: Dem Staat fehlen 360.000 Mitarbeiter“ vom 15. August 2023 nimmt die Unternehmensberatung McKinsey sogar an, dass uns bis zum Jahr 2030 in Deutschland beachtliche rund 840.000 Staatsdiener fehlen werden. Grund dafür ist aus demographischer Sicht, dass die Babyboomer in den Ruhestand treten und kaum junge Menschen nachrücken. In den nächsten sieben Jahren werden somit insgesamt 1,5 Millionen Staatsdiener altersbedingt ausscheiden, so auch die BILD in dem Artikel mit der Überschrift „Dem Staat gehen die Mitarbeiter aus“ vom 13. August 2023.

Datum des Originals: 15.07.2024/Ausgegeben: 25.07.2024

Die Tageszeitung ermittelte, dass bis 2030 jeder dritte Beamte in der Verwaltung die Pension antreten wird. In den Finanzämtern soll dieser Trend bis zum Jahr 2035 sogar jeden zweiten Beamten betreffen.

Bereits im Jahr 2018 lag der Anteil der vorzeitig in Ruhestand getretenen Bundesbeamten bei 12,2 Prozent, wie auf Seite 14 im Siebten Versorgungsbericht der Bundesregierung aus März 2020 nachzulesen ist. Das Durchschnittsalter aller Bundesbeamten, die aufgrund von Dienstunfähigkeit frühzeitig in den Ruhestand getreten sind, lag damals bei knapp 54 Jahren, recherchierte die WELT für ihren Artikel vom 8. August 2020 namens „Zahl der wegen „Dienstunfähigkeit“ frühpensionierten Beamten steigt weiter“.

Am 1. Januar 2022 gab es laut der „Pressemitteilung Nr. 551 vom 20. Dezember 2022“ vom Statistischen Bundesamt (Destatis) nach dem Beamten- und Soldatenversorgungsrecht in Deutschland insgesamt rund 1.380.300 Pensionäre des öffentlichen Dienstes. Wie Destatis ferner mitteilt, sind das 1,4 % mehr als ein Jahr zuvor. Während am 1. Januar 2022 die Zahl der Pensionäre im Bundesbereich um 0,7 % gegenüber dem Vorjahr gesunken ist, stieg sie, ebenfalls im Vergleich zum Vorjahr, im Landesbereich um 2,3 %. Im kommunalen Sektor erreichte sie sogar eine Steigerung von 3,6 %.

Besonders betroffen ist auch der Schuldienst. Mit einem Anteil von 33,1 % aller Pensionäre bildet dieser im Landesbereich zugleich die größte Gruppe der Ruhegehaltsempfänger. „Ehemalige Beamte der Deutschen Bundesbahn und der Post bilden mit 20,9 % die zweitgrößte Gruppe. Die übrigen Pensionäre verteilen sich auf den restlichen Bundesbereich (10,6 %) und Landesbereich (26,1 %) sowie auf den kommunalen Bereich (7,6 %) und die Sozialversicherung (1,5 %)“, so Destatis. Doch nur 21 % (in Zahlen 12.600 Pensionierte) der 2021 insgesamt 60.200 Neupensionäre erreichten dabei die Regelaltersgrenze. „Die übrigen 35.800 (59 % aller Neupensionierten) traten entweder mit Erreichen einer sogenannten Antragsaltersgrenze vorzeitig in den Ruhestand oder erreichten eine besondere Altersgrenze, wie sie etwa im Vollzugsdienst oder für Berufssoldaten gilt. Weitere 10.200 Personen und damit 17 % aller im Jahr 2021 Neupensionierten wurden wegen Dienstunfähigkeit in den Ruhestand versetzt. Sie waren bei Eintritt in den Ruhestand durchschnittlich 57 Jahre und vier Monate alt. Die übrigen 3 % der Pensionierungen entfielen auf Vorruhestandsregelungen oder andere Gründe“, so das Statistische Bundesamt.

FOCUS Online hat sich in dem bereits zuvor erwähnten Artikel aus diesem Jahr näher mit den Gründen für ein frühzeitiges Ausscheiden von Beamten aus dem Dienst beschäftigt. Das Medium bedient sich seinerseits einiger Zitate aus dem bereits erwähnten WELT-Artikel vom 8. August 2020. Diese befragte unter anderem Ulrich Silberbach als Bundesvorsitzenden des Deutschen Beamtenbundes (DBB) nach den möglichen Ursachen für die zunehmenden Frühpensionierungen. Er sieht das Problem vor allem in der Überalterung im öffentlichen Dienst. „Rund ein Drittel aller Bundesbeamten sei 55 Jahre oder älter. Das führe zu einer schlechteren gesundheitlichen Verfassung der Betroffenen, heißt es in dem Bericht“, zitiert FOCUS Online aus der WELT. Trotzdem würde gerade von dieser Berufsgruppe immer mehr erwartet. Immer weniger Beschäftigte müssten immer mehr Aufgaben erfüllen, so wird der Chef des DBB mit seiner Analyse wiedergegeben.

Die Arbeitsbelastung steigt in der Wahrnehmung vieler Betroffener bereits seit Jahren kontinuierlich an. Besondere Krisen wie die Flüchtlings- oder die Corona-Krise haben Staatsdiener oft in besonderer Weise herausgefordert und Kraft gekostet, um die öffentliche Sicherheit und Ordnung aufrechtzuerhalten.

Doch die bereits oben erwähnte Professorin Gisela Färber von der Deutschen Universität für Verwaltungswissenschaften in Speyer sieht auch ein Fehlverhalten bei einigen Behörden

selbst. „Für manche Behörden war es eine Zeit lang einfacher, missliebige Kollegen wegen Dienstunfähigkeit in den Vorruhestand zu versetzen, als die dahinter liegenden Probleme anzugehen“, so die Wissenschaftlerin gegenüber der WELT. Auch wenn inzwischen häufiger bei Problemfällen nach einer anderen Verwendungsstelle im öffentlichen Dienst gesucht würde, sei die Zahl der Frühpensionierungen nach wie vor zu hoch, so Färber. Neben der Verantwortung, Beamte aktiv im Dienst zu behalten, fordert sie von der Politik mehr Beförderungsmöglichkeiten im öffentlichen Dienst, um dessen Attraktivität zu steigern.

Ich frage daher die Landesregierung:

1. Wie hat sich jeweils die Anzahl der Ruhestandseintritte von Beamten und Angestellten des Landes in Nordrhein-Westfalen, differenziert nach Erreichung der Regelaltersgrenze, vorzeitiger Dienstunfähigkeit sowie vorgezogener Antragsaltersgrenze, jeweils jährlich in den letzten fünf Jahren aufgeschlüsselt nach den einzelnen Ressorts entwickelt? (Darstellung in absoluten Zahlen sowie im prozentualen Verhältnis zur Gesamtzahl der Bediensteten bzw. Tarifangestellten erbeten)
2. In wie vielen Fällen ist differenziert nach den Ressorts einem von Beschäftigtenseite beantragten früheren Ruhestandseintritt die Zustimmung des Dienstherrn bzw. Arbeitgebers jeweils jährlich in den letzten fünf Jahren verweigert worden? (Darstellung in absoluten Zahlen für Beamte und Tarifbeschäftigte sowie im prozentualen Verhältnis zu den Antragstellern erbeten)
3. Wie hat sich differenziert nach den einzelnen Ressorts das jeweilige durchschnittliche Ruhestandseintrittsalter jährlich in den letzten fünf Jahren verändert?
4. Wie erklärt sich die Landesregierung die im Einleitungstext dargestellten Befunde der zu vielen und zu frühen vorzeitigen Zuruhesetzungen infolge von Dienstunfähigkeit im Landesdienst Nordrhein-Westfalens?
5. Genau welche einzelnen Maßnahmen initiiert das Land als Dienstherr bzw. Arbeitgeber bislang und zukünftig konkret, um die Anzahl von notwendigen Frühpensionierungen perspektivisch sichtbar zu reduzieren? (vollständige Darstellung erbeten)

Ralf Witzel